

NOMOSKOMMENTAR

Kment [Hrsg.]

Energiewirtschafts- gesetz

3. Auflage



Nomos

NOMOSKOMMENTAR

Prof. Dr. Martin Kment, LL.M. (Cambridge) [Hrsg.]

Energiewirtschaftsgesetz

3. Auflage

Stefan Albrecht, Bundesnetzagentur, Bonn | **Dr. Jennifer Arnold**, Rechtsanwältin, München | **Prof. Dr. Klaus-Dieter Barbknecht**, Technische Universität Bergakademie Freiberg | **Carlos Cesarano**, Universität Bonn | **Peter Franke**, Münster | **Dr. Stephan Gerstner**, Rechtsanwalt, Berlin | **Prof. Dr. Christoph Görisch**, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Münster | **Prof. Dr. Nils Grosche**, Universität Bayreuth | **Dr. Bodo J. Herrmann**, Bundesnetzagentur, Bonn | **Dr. Norbert Huber**, Rechtsanwalt, München | **Prof. Dr. Martin Kment**, LL.M., Universität Augsburg | **Prof. Dr. Matthias Knauff**, LL.M. Eur., Friedrich-Schiller-Universität Jena | **Dr. Sebastian Mielke**, Rechtsanwalt, Stuttgart | **Prof. Dr. Herbert Posser**, Rechtsanwalt, Düsseldorf | **Dr. Winfried Rasbach**, Thüga Aktiengesellschaft, München | **Bernhard Schex**, Rechtsanwalt, München | **Dr. Gernot Schiller**, Rechtsanwalt, Berlin | **Prof. Dr. Alexander Schink**, Rechtsanwalt, Bonn | **Dr. Christian Schütte**, Bundesnetzagentur, Bonn | **Dr. Christoph Sieberg**, Rechtsanwalt, Köln | **Prof. Dr. Thorsten Siegel**, Freie Universität Berlin | **Dr. Stefan Tüngler**, Rechtsanwalt, Köln | **Dr. André Turiaux**, Rechtsanwalt, München | **Dr. Stephan Wagner**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster | **Dr. Jens Wahlhäuser**, Bundeskanzleramt, Berlin | **Prof. Dr. Daniela Winkler**, Universität Stuttgart | **Prof. Dr. Johanna Wolff**, Universität Osnabrück



Nomos

Zitervorschlag: NK-EnWG/Bearbeiter EnWG § ... Rn. ...

Paragrafen ohne Gesetzesangabe sind solche des EnWG.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8878-1

3. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Beinahe täglich wird in öffentlichen Medien und Amtsstuben, auf Kongressen und beim alltäglichen Miteinander der Menschen über die Energieversorgung in Deutschland und Europa diskutiert. Die Energiewende und der Krieg in der Ukraine haben „Energie“ zum Dauerbrenner menschlicher Kommunikation gemacht; selbst in die Klassenzimmer ist sie wie selbstverständlich eingekehrt. So wurde allorts über die Förderung erneuerbarer Energien, den Ausbau der Energienetze, den Kohleausstieg und über Energieeinsparpotenziale diskutiert und über die Energiegewinnung auf hoher See, den grünen Wasserstoff, den Füllstand von Gasspeichern und die Energiesicherheit sowie über die Abschaltung von Atomkraftwerken, die Bereitstellung von Ersatzkraftwerken wie auch über Preisbremsen und Wärmepumpen (mitunter heftig) gestritten. Diese Allgegenwärtigkeit der „Energie“ hat in ihrem Sog die juristische Bedeutung des Energierechts, das stets zu den wichtigsten Rechtsgebieten des Öffentlichen Wirtschaftsrechts zählte, auf eine Ebene gehoben, die das Rechtsgebiet bisher noch nicht kannte. Dies gilt insbesondere für das Energiewirtschaftsgesetz, welches als Fundament des Energierechts besondere Aufmerksamkeit auf sich zieht. Der Bedeutungszuwachs lässt sich unmittelbar auch an den vielen – zum Teil substanzialen – Änderungen des Gesetzes ablesen, die vom Gesetzgeber seit Erscheinen der letzten Auflage auf den Weg gebracht wurden, um den politischen Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen: Seit Bearbeitungsschluss der Voraufgabe kam es zu insgesamt 33 Modifikationen des Regelungskanons durch diverse Artikelgesetze, die eine Neuauflage zwingend erforderlich machten und in dieser Auflage nun Berücksichtigung finden. Konkret zählen hierzu u.a. das Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 17.12.2018, das Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus vom 13.5.2019, das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/692 des Europäischen Parlamentes und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt vom 5.12.2019, das Kohleausstiegsgesetz vom 8.8.2020, das Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes und anderer Vorschriften vom 25.2.2021, das Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht vom 16.7.2021, das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen sowie zur Änderung von § 246 des Baugesetzbuchs vom 26.4.2022, das Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975 und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 20.5.2022, das Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 8.7.2022, das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung vom 19.7.2022, das Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom 20.7.2022, das Zweite Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften vom 20.7.2022, das Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 8.10.2022, das Zweite Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 25.11.2022, das Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse und zur Änderung weiterer energierechtlicher Bestimmungen vom 20.12.2022, das Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich vom 14.3.2023, das Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 22.3.2023, das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende vom 22.5.2023, das Gesetz zur Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetz und zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetz und zur Änd. Des Baugesetzbuchs vom 12.7.2023, das Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-PreisbremsenG, zur Änderung des StrompreisbremseG sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher, umweltrechtlicher und sozialrechtlicher Gesetze vom 26.7.2023 sowie das Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz vom 8.10.2023. Die juristische Debatte, die diesen Veränderungsprozess bislang begleitet hat, hat zur Erläuterung der modifizierten Rechtslage vieles beitragen können, zugleich aber auch Missverständnisse zu Tage gefördert. Gerade Letztere belegen, wie sehr ein profundes Wissen über das Energiewirtschaftsrecht vonnöten ist, um dessen Potenziale aber auch Risiken zu erkennen und die aktuellen Herausforderungen des Energierechts sachgerecht bewältigen zu können. Insofern will die vorliegende Kommentierung auch weiterhin einen Beitrag leisten, die Norminhalte des Energiewirtschaftsgesetzes besser zu erfassen, um so Energieversorger, Genossenschaften, Kommunen, Juristen, politisch und administrativ Verantwortliche und alle sonst energiewirtschaftlich Interessierten kompetent bei Ihren Sachfragen und Entscheidungen zu beraten.

Vorwort

Die 3. Auflage des Kommentars wurde von 22 Autorinnen und Autoren mit wissenschaftlicher und praktischer Expertise aus allen Bereichen des Energierechts verfasst. Das erfahrene Autorenteam bündelt die Kompetenz aus Bundesnetzagentur, ministerialem Fachwissen, universitärer Forschung und anwaltlicher Praxis. Der breit gefächerte Erfahrungsschatz war erforderlich, um die vielen Facetten des Energiewirtschaftsgesetzes sachgerecht nachzuzeichnen. Den Autorinnen und Autoren gebührt an erster Stelle herzlicher Dank für ihre engagierte Mitwirkung, mit der sie die wesentliche Grundlage des Kommentars gelegt haben.

Zu meinem großen Bedauern sind die Herren Prof. Dr. Christoph Görisch, Prof. Dr. Alexander Schink, Prof. Dr. Thorsten Siegel und Dr. André Turiaux als Kommentatoren ausgeschieden. Stellvertretend für alle Mitautorinnen und Mitautoren wie auch für den Verlag möchte ich mich als Herausgeber bei diesen vier Autoren für die substanzielle, fachkundige und stets zuverlässige Mitwirkung am Kommentar herzlich bedanken. Es war eine große Freude, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Angesichts ihres Ausscheidens, aber auch mit Blick auf den umfassenden Überarbeitungsbedarf wurde der Autorenkreis zur 3. Auflage des Kommentars erheblich erweitert. Der Verlag und der Herausgeber freuen sich sehr, dass es gelungen ist, Frau Dr. Jennifer Arnold, Rechtsanwältin in der Kanzlei Andrea Versteyl Rechtsanwältin, München, Herrn Prof. Dr. Klaus-Dieter Barbknecht, Rektor der Technischen Universität Bergakademie Freiberg, Herrn Carlos Cesarano, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Universität Bonn, Herrn Prof. Dr. Nils Grosche, Lehrstuhl für Recht und Ökonomik der Gesundheits- und Risikoregulierung, Universität Bayreuth, Herrn Dr. Christoph Sieberg, Rechtsanwalt in der Kanzlei Leitfeld Rechtsanwälte, Köln, Herrn Dr. Stephan Wagner, Akademischer Rat a.Z. am Institut für öffentliches Recht und Politik, Universität Münster, sowie Frau Prof. Dr. Johanna Wolff, LL.M., Professur für Öffentliches Recht, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerrecht, Universität Osnabrück, für die Mitarbeit am Kommentar zu gewinnen.

Ein Kommentar kann nicht ohne die volle Unterstützung des Verlags gelingen. Deshalb sei dem NOMOS Verlag sehr gedankt, insbesondere Herrn Prof. Dr. Johannes Rux und Herrn Dr. Peter Schmidt für eine vorzügliche verlegerische Betreuung. Schließlich danke ich den Mitarbeitern meines Lehrstuhls für ihre unermüdliche Einsatzbereitschaft. Ausdrücklich hervorzuheben ist dabei mein Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Herr Felix Müller, der sich durch sein Engagement und seine Sorgfalt besonders verdient gemacht hat.

Der Kommentar berücksichtigt Rechtsprechung und Literatur, die bis zum 1. Mai 2023 veröffentlicht war (Bearbeitungsstand). Später erschienene Quellen konnten im Prozess der Drucklegung nur noch selektiv Eingang in das Gesamtwerk finden. Gleichwohl wurden alle Rechtsänderungen, die bis zum 1. November 2023 in Kraft traten, berücksichtigt und kommentiert (Rechtsstand). Verlagsseitig bereits redaktionell berücksichtigt wurde das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (BR-Drs. 579/23). Dazu finden sich bei den betroffenen Paragraphen am Ende jeweils Hinweise zur geänderten Rechtslage; unter dem Schlagwort „Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben“ finden sich im Stichwortverzeichnis die Fundstellennachweise.

Die Kommentierung eines so umfangreichen Gesetzeswerks wie des Energiewirtschaftsrechts weist zwangsläufig Fehler und Mängel auf. Deshalb freue ich mich wie schon bei den Voraufgaben über Anregungen und Kritik, die mich per E-Mail (martin.kment@jura.uni-augsburg.de) oder auf dem Postweg (Prof. Dr. Martin Kment, Juristische Fakultät Augsburg, Universitätsstraße 24, 86159 Augsburg) erreichen.

Augsburg, im Dezember 2023

Martin Kment

Bearbeiterverzeichnis

Stefan Albrecht

Bundesnetzagentur, Bonn

(§§ 21a, 21b, 112a (jeweils zusammen mit *Herrmann*))

Dr. Jennifer Arnold

Rechtsanwältin, Andrea Versteyl Rechtsanwälte, München

(§§ 20a, 23b–23d, 25–28c, 43g (zusammen mit *Kment*), 43k, 118a)

Prof. Dr. Klaus-Dieter Barbknecht

Technische Universität Bergakademie Freiberg

(§§ 35a–35h)

Carlos Cesarano

Universität Bonn

(Vor §§ 28j ff.–28q (zusammen mit *Sieberg*))

Peter Franke

Vizepräsident der Bundesnetzagentur a.D., Münster

(§§ 4a–4d, 23a)

Dr. Stephan Gerstner

Rechtsanwalt, Redeker Sellner Dahs, Berlin

(§§ 17, 18–19a)

Prof. Dr. Christoph Görisch

Professur für Öffentliches Recht an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster; Privatdozent an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

(vormals §§ 49–58b)

Prof. Dr. Nils Grosche

Inhaber des Lehrstuhls für Recht und Ökonomik der Gesundheits- und Risikoregulierung an der Universität Bayreuth

(§§ 65–74, 102–108)

Dr. Bodo J. Herrmann

Referatsleiter, Abteilung Netzausbau, Bundesnetzagentur, Bonn

(§§ 21a, 21b, 112a (jeweils zusammen mit *Albrecht*))

Dr. Norbert Huber

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

(§§ 46–48, 75–85, 94–101, 113, 113a, 117)

Prof. Dr. Martin Kment, LL.M. (Cambridge)

Geschäftsführender Direktor des Instituts für Umweltrecht und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht, Umweltrecht und Planungsrecht an der Universität Augsburg

(Einleitung, §§ 1–2, 4, 20, Vor §§ 43 ff.–43f, 43g (zusammen mit *Arnold*), 43h–43j, 43m–45b, 117b)

Prof. Dr. Matthias Knauff, LL.M. Eur.

Geschäftsführender Direktor des Instituts für Energiewirtschaftsrecht und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Öffentliches Wirtschaftsrecht, an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

(§§ 6–10e, 114, 117a)

Dr. Sebastian Mielke

Rechtsanwalt, Menold Bezler Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Stuttgart

(§§ 22, 23)

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Herbert Posser

Rechtsanwalt, Posser Spieth Wolfers & Partners, Düsseldorf

(§§ 12a–12h, 15a, 15b, 113b, 118)

Dr. Winfried Rasbach

Rechtsanwalt, Prokurist und Leiter Recht der Thüga Aktiengesellschaft, München

(§§ 36–42a, 115, 116, 118b, 118c)

Bernhard Schex

Rechtsanwalt, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

(§§ 3, 3a, 5–5b, 86–93, 109–111c)

Dr. Gernot Schiller

Rechtsanwalt, Redeker Sellner Dahs, Berlin

(Vor §§ 17a ff.–17j)

Prof. Dr. Alexander Schink

Rechtsanwalt, Redeker Sellner Dahs, Bonn; Staatssekretär a. D. im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW; Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin

(vormals Vor §§ 17a ff.–17j)

Dr. Christian Schütte

Bundesnetzagentur, Bonn

(§ 21)

Dr. Christoph Sieberg

Rechtsanwalt, LEITFELD Rechtsanwälte, Köln

(Vor §§ 28d ff.–28i, Vor §§ 28j ff.–28q (zusammen mit *Cesarano*), §§ 43l, 112b)

Prof. Dr. Thorsten Siegel

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, an der Freien Universität Berlin

(vormals §§ 20a, 25–28a)

Dr. Stefan Tüngler

Rechtsanwalt, LEITFELD Rechtsanwälte, Köln

(Vor §§ 11 ff.–12, 13–15, 16, 16a)

Dr. André Turiaux

Rechtsanwalt, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

(vormals §§ 43f, 44, 44a, 65–74, 102–108)

Dr. Stephan Wagner

Akademischer Rat a.Z., Universität Münster

(§§ 49–53a, 113a, 121)

Dr. Jens Wahlhäuser

Regierungsdirektor, Bundeskanzleramt, Berlin, Lehrbeauftragter an der Universität Hannover

(§§ 29–35, 59–64a, 112)

Prof. Dr. Daniela Winkler

Leiterin der Abteilung für Rechtswissenschaft des Instituts für Volkswirtschaftslehre und Recht an der Universität Stuttgart

(§§ 24–24b, 111d–111f, 119, 120)

Prof. Dr. Johanna Wolff

Inhaberin des Lehrstuhls für öffentliches Recht, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerrecht am Institut für Staats-, Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht (ISVWR), Universität Osnabrück

(§§ 54–58b)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	37
Einleitung	43

Teil 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1	Zweck und Ziele des Gesetzes	53
§ 1a	Grundsätze des Strommarktes	64
§ 2	Aufgaben der Energieversorgungsunternehmen	70
§ 3	Begriffsbestimmungen	73
§ 3a	Verhältnis zum Eisenbahnrecht	124
§ 4	Genehmigung des Netzbetriebs	127
§ 4a	Zertifizierung und Benennung des Betreibers eines Transportnetzes	135
§ 4b	Zertifizierung in Bezug auf Drittstaaten	143
§ 4c	Pflichten der Transportnetzbetreiber	146
§ 4d	Widerruf der Zertifizierung nach § 4a, nachträgliche Versehung mit Auflagen	147
§ 5	Anzeige der Energiebelieferung	148
§ 5a	Speicherungspflichten, Veröffentlichung von Daten	157
§ 5b	Anzeige von Verdachtsfällen, Verschwiegenheitspflichten	160

Teil 2 Entflechtung

Abschnitt 1

Gemeinsame Vorschriften für Verteilernetzbetreiber und Transportnetzbetreiber

§ 6	Anwendungsbereich und Ziel der Entflechtung	165
§ 6a	Verwendung von Informationen	173
§ 6b	Rechnungslegung und Buchführung	178
§ 6c	Ordnungsgeldvorschriften	187
§ 6d	Betrieb eines Kombinationsnetzbetreibers	189

Abschnitt 2

Entflechtung von Verteilernetzbetreibern und Betreibern von Speichieranlagen

§ 7	Rechtliche Entflechtung von Verteilernetzbetreibern	190
§ 7a	Operationelle Entflechtung von Verteilernetzbetreibern	195
§ 7b	Entflechtung von Gasspeichieranlagenbetreibern und Transportnetzeigentümern	207
§ 7c	Ausnahme für Ladepunkte für Elektromobile; Verordnungsermächtigung	209

Abschnitt 3

Besondere Entflechtungsvorgaben für Transportnetzbetreiber

§ 8	Eigentumsrechtliche Entflechtung	214
§ 9	Unabhängiger Systembetreiber	221
§ 10	Unabhängiger Transportnetzbetreiber	228
§ 10a	Vermögenswerte, Anlagen, Personalausstattung, Unternehmensidentität des Unabhängigen Transportnetzbetreibers	231
§ 10b	Rechte und Pflichten im vertikal integrierten Unternehmen	238

Inhaltsverzeichnis

§ 10c	Unabhängigkeit des Personals und der Unternehmensleitung des Unabhängigen Transportnetzbetreibers	243
§ 10d	Aufsichtsrat des Unabhängigen Transportnetzbetreibers	249
§ 10e	Gleichbehandlungsprogramm und Gleichbehandlungsbeauftragter des Unabhängigen Transportnetzbetreibers	251

Teil 3 Regulierung des Netzbetriebs

Abschnitt 1

Aufgaben der Netzbetreiber

Vorbemerkungen zu §§ 11–16a	257	
§ 11	Betrieb von Energieversorgungsnetzen	258
§ 11a	Ausschreibung von Energiespeicheranlagen, Festlegungskompetenz	285
§ 11b	Ausnahme für Energiespeicheranlagen, Festlegungskompetenz	288
§ 11c	Überragendes öffentliches Interesse für Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie ...	293
§ 12	Aufgaben der Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen, Verordnungsermächtigung	295
§ 12a	Szenariorahmen für die Netzentwicklungsplanung	311
§ 12b	Erstellung des Netzentwicklungsplans durch die Betreiber von Übertragungsnetzen	339
§ 12c	Prüfung und Bestätigung des Netzentwicklungsplans durch die Regulierungsbehörde ...	358
§ 12d	Umsetzungsbericht der Übertragungsnetzbetreiber und Monitoring	388
§ 12e	Bundesbedarfsplan	391
§ 12f	Herausgabe von Daten	407
§ 12g	Schutz europäisch kritischer Anlagen, Verordnungsermächtigung	415
§ 12h	Marktgestützte Beschaffung nicht frequenzgebundener Systemdienstleistungen	420
§ 13	Systemverantwortung der Betreiber von Übertragungsnetzen	429
§ 13a	Erzeugungsanpassung und ihr bilanzieller und finanzieller Ausgleich	454
§ 13b	Stilllegungen von Anlagen	466
§ 13c	Vergütung bei geplanten Stilllegungen von Anlagen	476
§ 13d	Netzreserve	483
§ 13e	Kapazitätsreserve	488
§ 13f	Systemrelevante Gaskraftwerke	496
§ 13g	Stilllegung von Braunkohlekraftwerken	501
§ 13h	Verordnungsermächtigung zur Kapazitätsreserve	510
§ 13i	Weitere Verordnungsermächtigungen	513
§ 13j	Festlegungskompetenzen	517
§ 13k	[aufgehoben]	522
§ 14	Aufgaben der Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen	524
§ 14a	Netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und steuerbaren Netzanschlüssen; Festlegungskompetenzen	532
§ 14b	Steuerung von vertraglichen Abschaltvereinbarungen, Verordnungsermächtigung	542
§ 14c	Marktgestützte Beschaffung von Flexibilitätsdienstleistungen im Elektrizitätsverteilernetz; Festlegungskompetenz	546
§ 14d	Netzausbaupläne, Verordnungsermächtigung; Festlegungskompetenz	550
§ 14e	Gemeinsame Internetplattform; Festlegungskompetenz	558
§ 15	Aufgaben der Betreiber von Fernleitungsnetzen	561
§ 15a	Netzentwicklungsplan der Fernleitungsnetzbetreiber	568
§ 15b	Umsetzungsbericht der Fernleitungsnetzbetreiber	586

§ 16	Systemverantwortung der Betreiber von Fernleitungsnetzen	589
§ 16a	Aufgaben der Betreiber von Gasverteilernetzen	600
Abschnitt 2 Netzanschluss		
§ 17	Netzanschluss, Verordnungsermächtigung	602
Vorbemerkungen zu §§ 17a–17j		617
§ 17a	Bundesfachplan Offshore des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie	624
§ 17b	Offshore-Netzentwicklungsplan	657
§ 17c	Prüfung und Bestätigung des Offshore-Netzentwicklungsplans durch die Regulierungsbehörde sowie Offshore-Umsetzungsbericht der Übertragungsnetzbetreiber	665
§ 17d	Umsetzung der Netzentwicklungspläne und des Flächenentwicklungsplans	670
§ 17e	Entschädigung bei Störungen oder Verzögerung der Anbindung von Offshore- Anlagen	691
§ 17f	Belastungsausgleich	706
§ 17g	Haftung für Sachschäden an Windenergieanlagen auf See	716
§ 17h	Abschluss von Versicherungen	718
§ 17i	Evaluierung	720
§ 17j	Verordnungsermächtigung	722
§ 18	Allgemeine Anschlusspflicht	725
§ 19	Technische Vorschriften	738
§ 19a	Umstellung der Gasqualität; Verordnungsermächtigung	745
Abschnitt 3 Netzzugang		
§ 20	Zugang zu den Energieversorgungsnetzen	753
§ 20a	Lieferantenwechsel	786
§ 21	Bedingungen und Entgelte für den Netzzugang	794
§ 21a	Regulierungsvorgaben für Anreize für eine effiziente Leistungserbringung; Verordnungsermächtigung	843
§ 21b	Sondervorschriften für regulatorische Ansprüche und Verpflichtungen	894
§§ 21c–21i	[aufgehoben]	898
§ 22	Beschaffung der Energie zur Erbringung von Ausgleichsleistungen	898
§ 23	Erbringung von Ausgleichsleistungen	904
§ 23a	Genehmigung der Entgelte für den Netzzugang	907
§ 23b	Veröffentlichungen der Regulierungsbehörde; Festlegungskompetenz	915
§ 23c	Veröffentlichungspflichten der Netzbetreiber	922
§ 23d	Verordnungsermächtigung zur Transparenz der Kosten und Entgelte für den Zugang zu Energieversorgungsnetzen	929
§ 24	Regelungen zu den Netzzugangsbedingungen, Entgelten für den Netzzugang sowie zur Erbringung und Beschaffung von Ausgleichsleistungen; Verordnungsermächtigung	931
§ 24a	Schrittweise Angleichung der Übertragungsnetzentgelte; Bundeszuschüsse; Festlegungskompetenz	943
§ 24b	Zuschuss zur anteiligen Finanzierung der Übertragungsnetzkosten; Zahlungsmodalitäten	948
§ 25	Ausnahmen vom Zugang zu den Gasversorgungsnetzen im Zusammenhang mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen	952
§ 26	Zugang zu LNG-Anlagen, vorgelagerten Rohrleitungsnetzen und Gasspeicheranlagen im Bereich der leitungsgebundenen Versorgung mit Erdgas	957

Inhaltsverzeichnis

§ 27	Zugang zu den vorgelagerten Rohrleitungsnetzen	960
§ 28	Zugang zu Gasspeicheranlagen; Verordnungsermächtigung	963
§ 28a	Neue Infrastrukturen	970
§ 28b	Bestandsleitungen zwischen Deutschland und einem Drittstaat	979
§ 28c	Technische Vereinbarungen über den Betrieb von Gasverbindungsleitungen mit Drittstaaten	987

Abschnitt 3a

Sondervorschriften für selbstständige Betreiber von grenzüberschreitenden Elektrizitätsverbindungsleitungen

Vorbemerkungen zu §§ 28d–28i	989	
§ 28d	Anwendungsbereich	996
§ 28e	Grundsätze der Netzkostenermittlung	999
§ 28f	Feststellung der Netzkosten durch die Bundesnetzagentur	1001
§ 28g	Zahlungsanspruch zur Deckung der Netzkosten	1005
§ 28h	Anspruch auf Herausgabe von Engpasserlösen	1010
§ 28i	Verordnungsermächtigung	1013

Abschnitt 3b

Regulierung von Wasserstoffnetzen

Vorbemerkungen zu §§ 28j–28q	1015	
§ 28j	Anwendungsbereich der Regulierung von Wasserstoffnetzen	1032
§ 28k	Rechnungslegung und Buchführung	1039
§ 28l	Ordnungsgeldvorschriften	1041
§ 28m	Entflechtung	1042
§ 28n	Anschluss und Zugang zu den Wasserstoffnetzen; Verordnungsermächtigung	1052
§ 28o	Bedingungen und Entgelte für den Netzzugang; Verordnungsermächtigung	1060
§ 28p	Ad-hoc Prüfung der Bedarfsgerechtigkeit von Wasserstoffnetzinfrastrukturen	1069
§ 28q	Bericht zur erstmaligen Erstellung des Netzentwicklungsplans Wasserstoff	1072

Abschnitt 3c

Regelungen zum Wasserstoff-Kernnetz

§ 28r	Wasserstoff-Kernnetz	1075
-------	----------------------------	------

Abschnitt 4

Befugnisse der Regulierungsbehörde, Sanktionen

§ 29	Verfahren zur Festlegung und Genehmigung	1077
§ 30	Missbräuchliches Verhalten eines Netzbetreibers	1089
§ 31	Besondere Missbrauchsverfahren der Regulierungsbehörde	1104
§ 32	Unterlassungsanspruch, Schadensersatzpflicht	1111
§ 33	Vorteilsabschöpfung durch die Regulierungsbehörde	1117
§ 34	(aufgehoben)	1122
§ 35	Monitoring und ergänzende Informationen	1122

Teil 3a

Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit

§ 35a	Allgemeines	1131
§ 35b	Füllstandsvorgaben; Bereitstellung ungenutzter Speicherkapazitäten; Verordnungsermächtigung	1136

§ 35c	Ausschreibung von strategischen Optionen zur Vorhaltung von Gas; ergänzende Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit	1145
§ 35d	Freigabeentscheidung	1148
§ 35e	Umlage der Kosten des Marktgebietsverantwortlichen; Finanzierung	1150
§ 35f	Evaluierung	1154
§ 35g	Inkrafttreten, Außerkrafttreten	1154
§ 35h	Außerbetriebnahme und Stilllegung von Gasspeichern	1155

Teil 4

Energielieferung an Letztverbraucher

§ 36	Grundversorgungspflicht	1161
§ 37	Ausnahmen von der Grundversorgungspflicht	1176
§ 38	Ersatzversorgung mit Energie	1180
§ 39	Allgemeine Preise und Versorgungsbedingungen	1186
§ 40	Inhalt von Strom- und Gasrechnungen; Festlegungskompetenz	1191
§ 40a	Verbrauchsermittlung für Strom- und Gasrechnungen	1197
§ 40b	Rechnungs- und Informationszeiträume	1199
§ 40c	Zeitpunkt und Fälligkeit von Strom- und Gasrechnungen	1202
§ 41	Energielieferverträge mit Letztverbrauchern	1203
§ 41a	Lastvariable, tageszeitabhängige oder dynamische und sonstige Stromtarife	1213
§ 41b	Energielieferverträge mit Haushaltskunden außerhalb der Grundversorgung; Verordnungsermächtigung	1215
§ 41c	Vergleichsinstrumente bei Energielieferungen	1220
§ 41d	Erbringung von Dienstleistungen außerhalb bestehender Liefer- oder Bezugsverträge; Festlegungskompetenz	1222
§ 41e	Verträge zwischen Aggregatoren und Betreibern einer Erzeugungsanlage oder Letztverbrauchern	1224
§ 42	Stromkennzeichnung, Transparenz der Stromrechnungen, Verordnungsermächtigung ..	1225
§ 42a	Mieterstromverträge	1230

Teil 5

Planfeststellung, Wegenutzung

Vorbemerkungen zu §§ 43–45b	1237	
§ 43	Erfordernis der Planfeststellung	1243
§ 43a	Anhörungsverfahren	1280
§ 43b	Planfeststellungsbeschluss, Plangenehmigung	1285
§ 43c	Rechtswirkungen der Planfeststellung und Plangenehmigung	1289
§ 43d	Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens	1292
§ 43e	Rechtsbehelfe	1295
§ 43f	Änderungen im Anzeigeverfahren	1298
§ 43g	Projektmanager	1309
§ 43h	Ausbau des Hochspannungsnetzes	1320
§ 43i	Überwachung	1328
§ 43j	Leerrohre für Hochspannungsleitungen	1329
§ 43k	Zurverfügungstellung von Geodaten	1333
§ 43l	Regelungen zum Auf- und Ausbau von Wasserstoffnetzen	1335
§ 43m	Anwendbarkeit von Artikel 6 der Verordnung (EU) 2022/2577	1343
§ 44	Vorarbeiten	1346
§ 44a	Veränderungssperre, Vorkaufsrecht	1354

Inhaltsverzeichnis

§ 44b	Vorzeitige Besitzeinweisung	1364
§ 44c	Zulassung des vorzeitigen Baubeginns	1376
§ 45	Enteignung	1392
§ 45a	Entschädigungsverfahren	1402
§ 45b	Parallelführung von Planfeststellungs- und Enteignungsverfahren	1403
§ 46	Wegenutzungsverträge	1406
§ 46a	Auskunftsanspruch der Gemeinde	1440
§ 47	Rügeobliegenheit, Präklusion	1442
§ 48	Konzessionsabgaben	1450
§ 48a	Duldungspflicht bei Transporten	1458

Teil 6

Sicherheit und Zuverlässigkeit der Energieversorgung

§ 49	Anforderungen an Energieanlagen	1459
§ 49a	Elektromagnetische Beeinflussung	1476
§ 49b	Temporäre Höherauslastung	1484
§ 49c	Beschleunigte Umsetzung von Schutz- und Sicherungsmaßnahmen	1487
§ 50	Vorrathaltung zur Sicherung der Energieversorgung	1489
§ 50a	Maßnahmen zur Ausweitung des Stromerzeugungsangebots, befristete Teilnahme am Strommarkt von Anlagen aus der Netzreserve; Verordnungsermächtigung	1492
§ 50b	Maßnahmen zur Ausweitung des Stromerzeugungsangebots, Pflicht zur Betriebsbereitschaft und Brennstoffbevorratung für die befristete Teilnahme am Strommarkt von Anlagen aus der Netzreserve	1499
§ 50c	Maßnahmen zur Ausweitung des Stromerzeugungsangebots, Ende der befristeten Teilnahme am Strommarkt und ergänzende Regelungen zur Kostenerstattung	1503
§ 50d	Maßnahmen zur Ausweitung des Stromerzeugungsangebots, befristete Versorgungsreserve Braunkohle; Verordnungsermächtigung	1506
§ 50e	Verordnungsermächtigung zu Maßnahmen zur Ausweitung des Stromerzeugungsangebots und Festlegungskompetenz der Bundesnetzagentur	1509
§ 50f	Verordnungsermächtigung für Maßnahmen zur Reduzierung der Gasverluste zur reaktiven und befristeten Gaseinsparung	1512
§ 50g	Flexibilisierung der Gasbelieferung	1514
§ 50h	Vertragsanalyse der Gaslieferanten für Letztverbraucher	1516
§ 50i	Verhältnis zum Energiesicherungsgesetz	1519
§ 50j	Evaluierung der Maßnahmen nach den §§ 50a bis 50h	1519
§ 51	Monitoring der Versorgungssicherheit	1520
§ 51a	Monitoring des Lastmanagements	1526
§ 52	Meldepflichten bei Versorgungsstörungen	1528
§ 53	Ausschreibung neuer Erzeugungskapazitäten im Elektrizitätsbereich	1531
§ 53a	Sicherstellung der Versorgung von Haushaltskunden mit Erdgas	1534
§ 53b	[aufgehoben]	1539

Teil 7

Behörden

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 54	Allgemeine Zuständigkeit	1541
§ 54a	Zuständigkeiten gemäß der Verordnung (EU) 2017/1938, Verordnungsermächtigung	1549
§ 54b	Zuständigkeiten gemäß der Verordnung (EU) 2019/941, Verordnungsermächtigung	1553

§ 55	Bundesnetzagentur, Landesregulierungsbehörde und nach Landesrecht zuständige Behörde	1555
§ 56	Tätigwerden der Bundesnetzagentur beim Vollzug des europäischen Rechts	1560
§ 57	Zusammenarbeit mit Regulierungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden und der Europäischen Kommission	1564
§ 57a	Überprüfungsverfahren	1569
§ 57b	Zuständigkeit für regionale Koordinierungszentren; Festlegungskompetenz	1571
§ 58	Zusammenarbeit mit den Kartellbehörden	1573
§ 58a	Zusammenarbeit zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011	1576
§ 58b	Beteiligung der Bundesnetzagentur und Mitteilungen in Strafsachen	1578

**Abschnitt 2
Bundesbehörden**

§ 59	Organisation	1580
§ 60	Aufgaben des Beirates	1590
§ 60a	Aufgaben des Länderausschusses	1593
§ 61	Veröffentlichung allgemeiner Weisungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	1598
§ 62	Gutachten der Monopolkommission	1601
§ 63	Berichterstattung	1604
§ 64	Wissenschaftliche Beratung	1613
§ 64a	Zusammenarbeit zwischen den Regulierungsbehörden	1616

**Teil 8
Verfahren und Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren**

**Abschnitt 1
Behördliches Verfahren**

§ 65	Aufsichtsmaßnahmen	1621
§ 66	Einleitung des Verfahrens, Beteiligte	1633
§ 66a	Vorabentscheidung über Zuständigkeit	1640
§ 67	Anhörung, mündliche Verhandlung	1642
§ 68	Ermittlungen	1650
§ 68a	Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	1654
§ 69	Auskunftsverlangen, Betretungsrecht	1656
§ 70	Beschlagnahme	1668
§ 71	Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse	1671
§ 71a	Netzentgelte vorgelagerter Netzebenen	1676
§ 72	Vorläufige Anordnungen	1677
§ 73	Verfahrensabschluss, Begründung der Entscheidung, Zustellung	1681
§ 74	Veröffentlichung von Verfahrenseinleitungen und Entscheidungen	1687

**Abschnitt 2
Beschwerde**

§ 75	Zulässigkeit, Zuständigkeit	1689
§ 76	Aufschiebende Wirkung	1694
§ 77	Anordnung der sofortigen Vollziehung und der aufschiebenden Wirkung	1697
§ 78	Frist und Form	1703
§ 78a	Musterverfahren	1705

Inhaltsverzeichnis

§ 79	Beteiligte am Beschwerdeverfahren	1705
§ 80	Anwaltszwang	1707
§ 81	Mündliche Verhandlung	1708
§ 82	Untersuchungsgrundsatz	1710
§ 83	Beschwerdeentscheidung	1714
§ 83a	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	1720
§ 84	Akteneinsicht	1723
§ 85	Geltung von Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozessordnung	1727
§ 85a	Entsprechende Anwendung auf fachlich qualifizierte Stellen	1729
Abschnitt 3 Rechtsbeschwerde		
§ 86	Rechtsbeschwerdegründe	1729
§ 87	Nichtzulassungsbeschwerde	1733
§ 88	Beschwerdeberechtigte, Form und Frist	1734
Abschnitt 4 Gemeinsame Bestimmungen		
§ 89	Beteiligtenfähigkeit	1737
§ 90	Kostentragung und -festsetzung	1738
§ 90a	(aufgehoben)	1740
§ 91	Gebührenpflichtige Handlungen	1740
§ 92	(aufgehoben)	1747
§ 93	Mitteilung der Bundesnetzagentur	1747
Abschnitt 5 Sanktionen, Bußgeldverfahren		
§ 94	Zwangsgeld	1748
§ 95	Bußgeldvorschriften	1751
§ 95a	Strafvorschriften	1759
§ 95b	Strafvorschriften	1761
§ 96	Zuständigkeit für Verfahren wegen der Festsetzung einer Geldbuße gegen eine juristische Person oder Personenvereinigung	1762
§ 97	Zuständigkeiten im gerichtlichen Bußgeldverfahren	1763
§ 98	Zuständigkeit des Oberlandesgerichts im gerichtlichen Verfahren	1765
§ 99	Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof	1766
§ 100	Wiederaufnahmeverfahren gegen Bußgeldbescheid	1766
§ 101	Gerichtliche Entscheidungen bei der Vollstreckung	1768
Abschnitt 6 Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten		
§ 102	Ausschließliche Zuständigkeit der Landgerichte	1769
§ 103	Zuständigkeit eines Landgerichts für mehrere Gerichtsbezirke	1775
§ 104	Benachrichtigung und Beteiligung der Regulierungsbehörde	1776
§ 105	Streitwertanpassung	1778

Abschnitt 7

Gemeinsame Bestimmungen für das gerichtliche Verfahren

§ 106	Zuständiger Senat beim Oberlandesgericht	1783
§ 107	Zuständiger Senat beim Bundesgerichtshof	1785
§ 108	Ausschließliche Zuständigkeit	1787

Teil 9

Sonstige Vorschriften

§ 109	Unternehmen der öffentlichen Hand, Geltungsbereich	1789
§ 110	Geschlossene Verteilernetze	1792
§ 111	Verhältnis zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	1807
§ 111a	Verbraucherbeschwerden	1812
§ 111b	Schlichtungsstelle, Verordnungsermächtigung	1819
§ 111c	Zusammentreffen von Schlichtungsverfahren und Missbrauchs- oder Aufsichtsverfahren	1829

Teil 9a

Transparenz

§ 111d	Einrichtung einer nationalen Informationsplattform	1833
§ 111e	Marktstammdatenregister	1838
§ 111f	Verordnungsermächtigung zum Marktstammdatenregister	1845
§ 111g	Festlegungskompetenz, Datenerhebung und -verarbeitung; Einrichtung und Betrieb einer nationalen Transparenzplattform	1852

Teil 10

Evaluierung, Schlussvorschriften

§ 112	Evaluierungsbericht	1855
§ 112a	Bericht der Bundesnetzagentur zur Einführung einer Anreizregulierung	1856
§ 112b	Berichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie der Bundesnetzagentur zur Evaluierung der Wasserstoffnetzregulierung	1860
§ 113	Laufende Wegenutzungsverträge	1863
§ 113a	Überleitung von Wegenutzungsrechten auf Wasserstoffleitungen	1864
§ 113b	Umstellung von Erdgasleitungen im Netzentwicklungsplan Gas der Fernleitungsnetzbetreiber	1868
§ 113c	Übergangsregelungen zu Sicherheitsanforderungen; Anzeigepflicht und Verfahren zur Prüfung von Umstellungsvorhaben	1870
§ 114	Wirksamwerden der Entflechtungsbestimmungen	1873
§ 115	Bestehende Verträge	1874
§ 116	Bisherige Tarifikundenverträge	1875
§ 117	Konzessionsabgaben für die Wasserversorgung	1876
§ 117a	Regelung bei Stromeinspeisung in geringem Umfang	1877
§ 117b	Verwaltungsvorschriften	1878
§ 117c	Umgang mit geheimhaltungsbedürftigen Informationen	1879
§ 118	Übergangsregelungen	1880
§ 118a	Regulatorische Rahmenbedingungen für LNG-Anlagen; Verordnungsermächtigung und Subdelegation	1911
§ 118b	Befristete Sonderregelungen für Energielieferverträge mit Haushaltskunden außerhalb der Grundversorgung bei Versorgungsunterbrechungen wegen Nichtzahlung	1914
§ 118c	Befristete Notversorgung von Letztverbrauchern im Januar und Februar des Jahres 2023	1919

Inhaltsverzeichnis

§ 119	Verordnungsermächtigung für das Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“	1922
§ 120	Schrittweiser Abbau der Entgelte für dezentrale Einspeisung; Übergangsregelung	1928
§ 121	Außerkräftreten der §§ 50a bis 50c und 50e bis 50j	1935
	Stichwortverzeichnis	1937